

Solidarität nicht auf Armenfürsorge reduzieren!

JSL fordern gelebte Solidarität

In Luxemburg nimmt die Armut zu –die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer: Einige wenige werden reicher, während die Zahl der Armen stetig zunimmt. Die Verteilung des Reichtums in der Gesellschaft wird immer ungerechter. Seit Jahren haben die Arbeitnehmer durch ihre Produktivität zum Wohlstand beigetragen. Jedoch profitieren besonders sie immer weniger von dieser Produktivitätssteigerung. Das wirtschaftliche Wachstum kommt immer mehr den Aktionären zugute, die überzogene Renditen verlangen. Diese Haltung, die wesentlich zur Banken- und Finanzkrise beigetragen hat, charakterisiert leider heute noch viele Äußerungen der Arbeitgeber. In diesem Zusammenhang weisen die JSL auf die steigende öffentliche Verschuldung, die den Spielraum der öffentlichen Hand in der Umverteilung des Reichtums einschränkt.

Arbeit muss sich lohnen!

Einer der Hauptrisiken in Armut abzurutschen, liegt in der Arbeitslosigkeit: 45% der Arbeitssuchenden sind von Armut gefährdet, gegenüber 10% bei den Beschäftigten.¹ Im November 2011 waren 2460 junge Menschen unter 26 Jahren auf der Suche nach einer Arbeit. Darüber hinaus befanden sich 1449 Personen unter 30 Jahren in befristeten berufseinführenden Maßnahmen und daher prekären Arbeitsverträgen.²

Auch nimmt die Gruppe der *Working Poor*, also jener Menschen die trotz Arbeit in Armut leben, zu. Dies ist maßgeblich bedingt durch die Tatsache, dass der gesetzliche Mindestlohn unter der Armutsgrenze liegt. Dieser muss nach Ansicht der Jungsozialisten nach oben angepasst werden. Besonders Alleinerziehende haben es schwer am Ende des Monats über die Runden zu kommen. In Luxemburg gelten etwa 14,9% der Bevölkerung als armutsgefährdet.³

Besonders junge Menschen und Frauen werden unter dem Vorwand der neuen Flexibilität in so genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Weltweit versuchen zurzeit Regierungen und Unternehmenszentralen die Folgen der Krise auf die Schultern der Lohnabhängigen und der Jugend abzuwälzen. Wir Jusos wehren uns gegen eine Ausweitung und Flexibilisierung von befristeten Arbeitsverträgen, die eine verummte Form der Präkarisierung der Beschäftigten darstellen. Es sollte uns zu denken geben, dass das Armutsrisiko von Arbeitnehmern in befristeten Arbeitsverträgen im Jahr 2009 in Luxemburg bei 19,1% lag, und somit den in den Euro-Ländern vorherrschenden Durchschnitt von 14% deutlich überschreitet⁴.

Jung, dynamisch, schwer vermittelbar ?

Längst nicht alle junge Menschen sind bestens auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet. Die Integration vieler junger Leute auf den Arbeitsmarkt erweist sich als schwierig und aufgrund multipler Probleme ist es für sie oft nicht möglich in kurzer Zeit eine feste und sichere Arbeitsstelle zu bekommen. Es ist Aufgabe der Politik, gerade für diese jungen Menschen eine Antwort und eine Perspektive für gesellschaftliche Integration zu formulieren. Die Jungsozialisten wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die auch diejenigen in den Mittelpunkt stellt, die gesellschaftliche Unterstützung und Solidarität besonders benötigen. Maßnahmen zur beruflichen Integration müssen den individuellen Bedürfnissen entsprechen um erfolgreich zu sein.

¹ STATEC, *Regards 1-2011*, www.statistiques.public.lu/catalogue-publications/regards/2011/PDF-1-2011.pdf.

² *Bulletin luxembourgeois de l'emploi*, novembre 2011.

³ Armes Luxemburg, Pressedossier, Mai 2011

⁴ STATEC, *Regards 1-2011*, www.statistiques.public.lu/catalogue-publications/regards/2011/PDF-1-2011.pdf.

Die Armen zahlen die Zeche und die Reichen bleiben ungeschoren? Schluss damit!

Die JSL sind es müde, dass die Arbeitgeber immer wieder nur der fadenscheinige Vorwand der Wettbewerbsfähigkeit geltend machen, um gegen das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität in Krisenzeiten zu verstoßen. Es scheint, als wäre dem Finanzminister – welcher dem neoliberalen Diktat noch immer verfallen ist – entgangen, dass in sämtlichen Ländern Europas, Maßnahmen getroffen wurden um Reiche an den Kosten der Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu beteiligen, dies insbesondere durch eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes, so z.B. in Großbritannien (50%), Frankreich (48%), Belgien (53%), den Niederlanden (52%), Spanien (45%) und auch Deutschland (42%). Es ist nicht nachvollziehbar, warum in Luxemburg der Spitzensteuersatz von lediglich 39% nicht erhöht wird.

Als Volksvertreter darf Luc Frieden nicht einseitig die Interessen von Besserverdienern und Firmenchefs verfolgen, sondern im Interesse aller Bürger handeln. Die JSL fordern deshalb eine gerechte und grundlegende Steuerreform, die die Umverteilung des Reichtums in der gesamten Gesellschaft garantiert: Die Anhebung des Spitzensteuersatzes und der Solidaritätssteuer müssen Realität werden. Die Jusos weisen darauf hin, dass eine gerechte Steuerreform auch dem Staat neue Einnahmenquellen erbringen würde.

Rasant steigende Lebensmittel-, Energie- und Wohnkosten lassen die realen Einkommen der Arbeitnehmer stagnieren oder sogar sinken. Steuern sind ein Instrument, um die Verteilung von Einkommen und Vermögen in einer Gesellschaft zu verändern! Die Jusos wehren sich gegen diejenige die vieles vom Staat verlangen, aber nicht bereit sind sich an der Solidarität zu beteiligen.

Auch in Luxemburg, dürfen Einkommenssteuern auf Kapitalerträgen kein Tabuthema bleiben. Die Pisten, die im Budget 2012 angeführt werden, insbesondere die Anhebung der Quellensteuer von 10% auf 15%, sowie die Besteuerung von Dividenden mit 15%, dürfen in der Diskussion nicht untergehen. Im Hinblick auf das Prinzip „breite Schultern müssen mehr tragen als schmale Schultern“ müssen sie im Gegenteil umgesetzt werden. Auch unterstützen die Jusos die 1:12 Initiative ihrer Genossen aus der Schweiz, welche vorsieht, dass der tiefste Lohn in einem Unternehmen nicht mehr als zwölf Mal tiefer als der höchste sein darf.

Solidarität geht alle etwas an!

Solidarität ist die Kraft die Veränderungen schafft. Solidarität heißt zusammenstehen, um die Gesellschaft weiterzuentwickeln und gerechter gestalten zu können. In diesem Zusammenhang fordern die JSL das sofortige Einfrieren der Staatsausgaben für die großherzogliche Familie und den Beitrag der Kirchenfabriken zur Sanierung der Staatsfinanzen.

Wir Jusos wollen eine Gesellschaft, in der alle selbstbestimmt leben und arbeiten, und ihre individuellen Fähigkeiten vollständig entwickeln können. Deshalb setzen wir uns für sichere Arbeit mit individuellen Entwicklungsperspektiven ein, sowie für ein gerechtes und effizientes Bildungssystem. *Jeunesse socialiste* bedeutet dabei für uns, dass wir das Individuum in den Mittelpunkt unserer Politik stellen und eine bessere Gesellschaft nicht nur erdenken, sondern erreichen wollen! Die LSAP muss der Motor sein, um eine Politik umzusetzen, die diesen Zielen gerecht wird!